



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 548 / 2013

Kiel, Donnerstag, 12. Dezember 2013

Soziales / Geburtshilfe

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anita Klahn: Ansätze der Koalition bieten keine Lösung für die Geburtshilfe

In ihrer Rede zu Top 31 (Geburtshilfe) erklärt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Wie sich zeigt, hat Xaver auch bei den Koalitionsfraktionen etwas Schaden angerichtet und einen etwas windschiefen Antrag hinterlassen. Wenn das Sozialministerium in der leider ausgefallenen Sozialausschusssitzung zur Problematik der Geburtshilfe auf Sylt und dem Problem der Haftpflichtversicherung berichtet und vielleicht einige Punkte fachlich aufgeschlüsselt hätte, dann wäre der Antrag möglicherweise zumindest nicht in dieser Form gestellt worden. Denn gut gemeint, ist leider nicht immer gut gemacht.

Ja, die ausufernden Berufshaftpflichtversicherungen sind ein Problem und sie sind nicht nur ein Problem bei den Hebammen und Gynäkologen, sondern im gesamten Bereich der Heilberufe. Selbst Krankenhäuser haben zum Teil Schwierigkeiten, einen Haftpflichtschutz abzuschließen. Auf Bundesebene gab es daher vor kurzem einen ‚Runden Tisch‘ zwischen Medizinern, Versicherern und Versicherungsvermittlern, um diese Problematik aufzuarbeiten.

Deswegen greift auch der erste Punkt des Antrages der Koalition zu kurz. Nur beispielsweise Onkologen und Humangenetiker haben auch hohe Versicherungsprämien. Das sind auch medizinische Arbeits- und Forschungsfelder, an denen unsere Gesellschaft ein großes Interesse hat. Was für Hebammen und Gynäkologen gilt, muss auch für alle anderen gelten.

Das ist aber nicht das einzige Problem, mit dem ich Schwierigkeiten habe bei dem ersten Unterpunkt. Es besteht ohne Frage Handlungsbedarf im Versicherungswesen. Aber mit einem Federstrich einfach das Versicherungswesen komplett abzuschaffen und eine Verstaatlichung herbeizuführen, ist mit Sicherheit nicht die Lösung. Ein Grund,

warum die Versicherungsprämien steigen, ist doch, dass sich ein Anbieter aus dem Markt verabschiedet und man deswegen eigentlich nicht mehr vom Markt in diesem Bereich sprechen kann.

Auch den zweiten Punkt des Antrages bewerte ich kritisch. Mir ist leider völlig unklar, warum die Bundesregierung sich auf EU-Ebene für eine wettbewerbsrechtliche Regelung einsetzen sollte. Ich gehe davon aus, dass mit diesem Punkt das Problem angesprochen werden soll, dass Kliniken Belegärzte und Beleghebammen nicht bei der Haftpflichtversicherung unterstützen dürfen. Dieses Problem – und ich lasse mich da gerne verbessern – ist doch im SGB V begründet und an den Regelungen zur Korruptionsbekämpfung im Gesundheitswesen. So regelt §128 SGB V die unzulässige Zusammenarbeit zwischen Leistungserbringern und Vertragsärzten und sieht vor, dass Leistungserbringer Vertragsärzten keine Entgelte oder sonstigen wirtschaftlichen Vorteile gewähren dürfen. Die Übernahme der Haftpflicht wäre ein ziemlich klarer wirtschaftlicher Vorteil, würde ich mal sagen.

Wenn man also etwas ändern will, sollte man vielleicht die Bundesregierung auffordern, dass SGB V zu ändern. Ich will aber ganz offen sein, ich sehe wirklich nicht, jetzt Einzelausnahmen von dieser Vorschrift zu erlauben. Das scheint mir kein vernünftiger Weg zu sein und wäre daher auch abzulehnen.

Auch der dritte Punkt scheint mir nicht abschließend durchdacht zu sein. Die Hebammen wurden vor einigen Jahren in die Selbstverwaltung entlassen. Ich halte es für falsch, wenn die Selbstverwaltung jetzt durch die Hintertür wieder ausgehöhlt werden soll und die Bundesregierung in die Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Hebammen eingreift. Die Selbstverwaltung ist für mich Teil eines freiheitlichen Gesundheitssystems und darf daher nicht beschnitten. Aber hier kommt wieder die Denke von der linken Seite dieses Hauses zum Tragen, die auch in anderen Feldern, wie der Tarifautonomie mehr als deutlich wird. Ich bin schon sehr gespannt, auf welche Seite sich die Konservativen schlagen werden.

Für richtig halte ich es dagegen, Maßnahmen zu ergreifen, das Verhandlungsmandat der Hebammen zu stärken, die als kleiner Verband natürlich gegenüber dem Spitzenverband der Krankenkassen Probleme haben. Denkbar wäre zum Beispiel, ob die Hebammen ihr Verhandlungsmandat zusammen mit der KBV ausüben. Das sollte zuerst geprüft werden, anstatt gleich mit dem staatlichen Durchgriff zu drohen.

Ebenfalls interessant finde ich die 45 000 Euro, die die Landesregierung zur Realisierung eines Konzeptes für die Geburtshilfe erhält und was damit gemacht werden soll. Nur damit die Kolleginnen und Kollegen mal ein Gefühl dafür bekommen, in welcher Größenordnung wir uns hier befinden: Allein ein Neuvertrag für eine Haftpflichtversicherung eines Gynäkologen liegt bei ungefähr 40 000 Euro jährlich.

Ich glaube nicht, dass diese Punkte der Geburtshilfe auf Sylt in irgendeiner Weise kurzfristig helfen können. Stattdessen sollten andere Punkte, dann auch mit weiterer fachlicher Expertise im Ausschuss besprochen werden. So frage ich mich, ob irgendetwas über den Sicherstellungszuschlag geregelt werden kann, den Asklepios für Sylt erhält oder ob vielleicht tatsächlich ein bundesweiter Haftungsfonds im medizinischen Bereich, der große Schadenssummen im Millionenbereich absichert ein gangbarer Weg wäre.

Auch bin ich von Folgenden überzeugt: Wir müssen eine ehrliche Bestandsaufnahme machen – und diese Diskussion führen wir ja in vielen Bereichen –, was wir bei zurückgehenden Geburten, wo noch an Strukturen aufrechterhalten können. Das gehört zur Ehrlichkeit der Politik dazu.

Und auch das sei gesagt, die bisherigen Planungen der Landesregierung gegenüber dem ländlichen Raum beim kommunalen Finanzausgleich sind da wenig hilfreich.“